

DOI <https://doi.org/10.61345/2734-8873.2024.1.12>

AKTUELLE ÄNDERUNGEN BEI DER STEUERFAHDUNG IN DER UKRAINE: GRÜNDUNG DES BÜROS FÜR WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT DER UKRAINE

Iryna Petrova¹

Zusammenfassung. Der Artikel befasst sich mit dem gegenwärtigen Stand der Steuerverwaltung in der Ukraine, ihrer Struktur, dem Steuerverwaltungsverfahren und der gesetzlichen Regelung ihrer Durchführung.

Der Autor gibt eine allgemeine Beschreibung der Steuerprüfungen nach dem geltenden Steuerrecht der Ukraine. Besonderes Augenmerk wird auf die zur Durchführung von Steuerprüfungen befugten Stellen und das Verfahren zu deren Durchführung gelegt, einschließlich des Büros für wirtschaftliche Sicherheit als die wichtigste Kontrollinstanz für die Verwendung der Finanzmittel, die der Ukraine von ihren westlichen Partnern zur Verfügung gestellt werden.

Der Autor definiert die Rechtsgrundlage für die Einrichtung dieses Organs, seinen Aufbau, seine Kernaufgaben, seine Zuständigkeit und die Rechtmäßigkeit der Ermittlungshandlungen. Es werden die Probleme und Herausforderungen aufgezeigt, mit denen das Büro für wirtschaftliche Sicherheit auf dem Weg zur europäischen Integration konfrontiert ist.

Stichworte: Steuerverwaltung der Ukraine, Steuerfahndung der Ukraine, Büro für wirtschaftliche Sicherheit, Zuständigkeit, Steuerhinterziehung, Ermittlungsmaßnahmen.

Formulierung des Problems. Am 1. September 2017 ist das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU offiziell in Kraft getreten. Die Vereinbarung macht somit die Bahn frei zwischen der Ukraine und der EU im Bereich der grenzüberschreitenden Besteuerung. Es umfasst in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang versprachen ukrainische Behörden bereits, dass mit diesem Schritt eine neue Etappe der Reformen umgesetzt wurde und perspektivisch auch der Beitritt der Ukraine zur EU folgen könnte.

Die zahlreichen neuen Durchführungsverordnungen in der Ukraine

¹ PhD, Associate Professorin des Lehrstuhls für Verwaltungsrecht und Prozess und Zollsicherheit des Instituts für Wirtschaftssicherheit und Zollwesen der Staatlichen Steueruniversität, Irpin, ORCID: 0000-0002-8488-796, e-mail: irynaanna1970@yahoo.com.

beschleunigen die Entwicklung des Landes - ungeachtet des Kriegs und seiner Folgen auch auf finanziellem Gebiet – und damit, die Kriterien für einen Beitritt zur EU zu erfüllen.

Die Ukraine hat bei der Erfüllung ihrer europäischen Integrationsverpflichtungen im Bereich Finanzen erhebliche Fortschritte gemacht, wie die hohe Bewertung durch die Europäische Kommission zeigt.

Auf Ersuchen des IWF wurde das Büro für wirtschaftliche Sicherheit (weiter im Text – BWS) der Ukraine gegründet. Aber laut dem Vorsitzenden des parlamentarischen Finanzausschusses ist man nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Ausland unzufrieden mit der Arbeit des BWS. Die Ukraine hat sich verpflichtet, das BWS neu zu organisieren und ihre analytische Funktion zu stärken [1].

Die Umstrukturierung umfasst eine Überprüfung der Rechtsgrundlage des Amtes, die Einführung transparenter Verfahren für die Auswahl von Personal und Führungskräften auf Wettbewerbsbasis, eine Personalbescheinigung und die Einführung eines Vertragssystems für Mitarbeiter. Nach den Reformen wird das BWS in das Finanzministerium überführt.

Das Ziel des Beitrags. Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf dem Versuch, die Bedeutung der Annäherung der ukrainischen Steuergesetzgebung an die europäische Gesetzgebung sowie die Notwendigkeit einer Reform der ukrainischen Steuerbehörden, vor allem des Büros für wirtschaftliche Sicherheit, auf dem Weg der europäischen Integration der Ukraine in die Europäische Union und deren Übereinstimmung mit den europäischen Kriterien und Anforderungen aufzuzeigen.

Bearbeitungsstatus. V. Tertyschnyk, O. Tertyschnyk, V. Tschenzov befassten sich mit dem Kommentar zum Gesetz „Über das Büro für die wirtschaftliche Sicherheit“ [2]. Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (integrative Analyse, Kommentierung der Gesetzgebung und Suche nach Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung) wurde in einer Monographie vom einem Team der ukrainischen Wissenschaftler geforscht [3]. Auch die Werke von M. Semenischyn, V. Bestschastnyj, S. Vitviykij, S. Bytschin, E. Nasimko, S. Tschernjavskij usw. wurden studiert [4; 5].

Präsentation des Hauptmaterials. Die Steuerverwaltung in der Ukraine ist als Teil der öffentlichen Verwaltung für das Besteuerungsverfahren zuständig und hat die Aufgabe, die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und erheben. Insbesondere haben sie sicherzustellen, dass Steuern nicht verkürzt, zu Unrecht erhoben oder Steuererstattungen und Steuervergütungen nicht zu Unrecht gewährt oder versagt werden (also das gleiche Ziel wie nach § 85 der deutschen Abgabenordnung [6]).

Die Erhebung von Steuern ist gesetzlich geregelt und wird vollzogen vom Staatlichen Steuerdienst der Ukraine (Derzhavna podatkova sluzhba) mit den ihm unterstehenden Behörden auf regionaler und örtlicher Ebene. Regional meint Hauptamt, örtlich meint Inspektion.

In der Finanzverwaltung ist das Finanzministerium der Ukraine die oberste Behörde. Die wesentliche Zuständigkeit des Finanzministeriums der Ukraine ist Haushalts- und Steuerpolitik. Auch die Steuerverwaltung gehört damit zu den Kernaufgaben des Finanzministeriums.

Der Staatliche Steuerdienst der Ukraine ging gemäß der Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 18. Dezember 2018 № 1200 aus dem Staatlichen Fiskalischen Dienst der Ukraine hervor [7].

In der Ukraine gilt der Steuerkodex, der am 1. Januar 2011 in Kraft trat.

Der Steuerkodex der Ukraine definiert insbesondere

- eine erschöpfende Liste der in der Ukraine erhobenen Steuern und Abgaben sowie das Verfahren für deren Verwaltung,
- die Rechte und Pflichten der Steuerzahler,
- die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden, die Befugnisse und Pflichten ihrer Beamten im Rahmen der Steuerkontrolle (Controlling),
- die Verantwortlichkeit für die Verstöße gegen die Steuergesetze [8].

Die Aufgaben des Staatlichen Steuerdienstes und seiner territorialen Behörden sind in den Artikeln 19² und 19³ des Steuerkodexes der Ukraine aufgelistet.

Laut Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 6. März 2019 № 227, hat der Staatliche Steuerdienst der Ukraine folgende Aufgaben:

1) Realisation der Staatlichen Steuerpolitik, in erster Linie im Bereich der Kontrolle bei Produktion und des Umlaufs von Alkohol, alkoholischen Getränken, Tabak und Brennstoffen.

2) Kontrolle über den Eingang von Steuern, Gebühren, Zahlungen an den Staatshaushalt.

3) Durchführung der Staatlichen Politik zur Bekämpfung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch Anwendung von Steuerrechtsvorschriften.

4) Erfüllung der Staatlichen Politik der Beitragserhebung zur staatlichen Sozialversicherung.

5) Einhaltung des Verfahrens zur Durchführung von Barzahlungen für Waren und Dienstleistungen.

6) Staatliche Politik im Bereich der Kontrolle der Rechtzeitigkeit von Zahlungen in Fremdwährung innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist und die Einhaltung des Verfahrens für Barzahlungen für Waren/Dienstleistungen.

7) Vergabe von Lizenzen zur Ausübung von Wirtschaftstätigkeiten, für die eine Genehmigung laut Gesetz erforderlich ist .

Zu den Kernaufgaben des Staatlichen Steuerdienstes der Ukraine (weiter SSD) zählen laut § 4 Verordnung für SSD der Ukraine 85 Hauptaufgaben und gemäß § 5 noch 15 zusätzliche Befugnisse:

– insbesondere die Vorbereitung und Erarbeitung von Gesetzentwürfen im Steuerbereich, die Begleitung der Erörterung in und mit parlamentarischen Gremien und der Regierung,

– die Erstellung von Entwürfen für Antworten auf parlamentarische Anfragen sowie von Redebeiträgen für den Leitungsbereich des SSD,

– die Verhandlung von internationalen Steuerabkommen,

– die Entwicklung und Anpassung steuerlicher Regeln und Standards auf Ebene der EU und OECD,

– die internationale Zusammenarbeit mit den Steuerverwaltungen anderer Staaten sowie die Erstellung von einheitlich abgestimmten Regelungen zum Steuerrecht [9].

Zu den Aufgaben des SSD der Ukraine zählen auch Mitwirkung an Außenprüfungen, Verwaltung, Erstattung und Freistellung von ukrainischen Abzugsteuern (z.B. Kapitalertragsteuer), Rechts- und Amtshilfe, zentrale Sammlung und Auswertung von steuerlichen Auslandsbeziehungen und die Vergütung von Vorsteuerbeträgen, Vergabe der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, Maßnahme zum Schutz von Datenbanken.

Die Steuerverwaltung in der Ukraine gliedert sich in drei Verwaltungsebenen:

Die erste ist zentral und strategisch geprägt. Sie wird durch den Staatlichen Steuerdienst der Ukraine mit seinem zentralen Apparat aus 24 Departments, Informations- Auskunftsreferat und Mobilisationsreferat in Kyjiw vertreten.

Die zweite ist regional gegliedert und umfasst 24 Regionalgebiete, Hauptsteueramt in Kyjiw und sowie auch 5 überregionale Haupt-Steuerämter für große Steuerzahler: NORD-, WEST-, SÜD-, OST- und Zentral).

Die dritte Ebene ist kommunal verankert. Sie wird durch zahlreiche territoriale Behörden wie Steuerinspektionen (in Deutschland dem Finanzamt vergleichbar) in Gemeinden und Städten der Ukraine repräsentiert.

Verwaltung und Zahl der Beamten: Vorsitzender, 4 Stellvertreter. Zahl der Beamten im Zentralapparat ist 1628. Zahl der Beschäftigten in den territorialen Behörden ist 28 752.

Steuerprüfungen

Die ukrainischen Steuerbehörden als Überwachungsstellen haben das Recht (laut Kapitel 8 (Art. 75–86) des Steuerkodexes der Ukraine „Steuerprüfungen“) *kameralische*, *dokumentarische* (planmäßige oder außerplanmäßige; vor Ort oder außerhalb des Standorts der Steuerbehörde) und *tatsächliche* Prüfungen durchzuführen.

Kameralische Prüfungen (kameralni): Als Betriebsprüfung gilt eine Prüfung, die in den Räumlichkeiten der Aufsichtsbehörde ausschließlich auf der Grundlage der in den Steuererklärungen (Berechnungen) des Steuerpflichtigen angegebenen Daten und der Daten des elektronischen MwSt.-Verwaltungssystems (Daten des zentralen Exekutivorgans, das die staatliche Politik im Bereich der Finanzverwaltung der Haushaltsmittel umsetzt, wo die Konten der Steuerpflichtigen im elektronischen MwSt.-Verwaltungssystem eröffnet werden, Daten des Einheitlichen Registers der Steuerrechnungen und Daten) durchgeführt wird.

Belegprüfungen / Prüfung der Unterlagen (dokumentalni): Eine Belegprüfung ist eine Prüfung, deren Gegenstand die Rechtzeitigkeit, Richtigkeit, Vollständigkeit der Berechnung und Zahlung aller in dem Steuerkodex vorgesehenen Steuern und Abgaben sowie die Einhaltung der Devisen- und anderer Rechtsvorschriften ist, deren Kontrolle den Kontrollbehörden obliegt, die Einhaltung der Rechtsvorschriften über den Abschluss eines Arbeitsvertrags durch den Arbeitgeber, die Registrierung von Arbeitsverhältnissen mit Arbeitnehmern (Leiharbeitnehmern) und die auf der Grundlage von Steuererklärungen (Berechnungen), finanziellen, statistischen und anderen Berichten, Registern und anderen Dokumenten durchgeführt wird.

Es wird eine planmäßige Dokumentenprüfung gemäß dem Prüfplan durchgeführt.

Man unterscheidet planmäßige oder außerplanmäßige Prüfungen; außerdem unterscheidet man Prüfungen vor Ort oder außerhalb des Standorts. Man muss betonen, dass diese Art der Prüfung in der Praxis am häufigsten ist. Die außerplanmäßige und außerhalb des Standorts durchgeführte Prüfung der Unterlagen kann auf Antrag des Steuerzahlers als E-Prüfung durchgeführt werden.

Faktische / Tatsächliche Prüfungen (*faktytschni*):

Als Prüfung gilt eine tatsächliche Prüfung, die am Ort der tatsächlichen Geschäftstätigkeit des Steuerpflichtigen, am Ort der Niederlassung oder an einem anderen Objekt des Steuerpflichtigen durchgeführt wird. Eine solche Prüfung wird von der Aufsichtsbehörde durchgeführt, um die Einhaltung der Rechtsvorschriften über den Bargeldumlauf, das Verfahren zur Durchführung von Abrechnungsgeschäften durch den Steuerpflichtigen, Bargeldtransaktionen, das Vorhandensein von Lizenzen, Bescheinigungen, auch für die Herstellung und den Umlauf verbrauchsteuerpflichtiger Waren, die Einhaltung der Rechtsvorschriften über den Abschluss eines Arbeitsvertrags durch den Arbeitgeber und die Formalisierung der Arbeitsverhältnisse mit Arbeitnehmern (Leiharbeitnehmern) zu überprüfen.

Die Dauer der genannten drei Prüfungsarten darf 30 Arbeitstage für große Steuerzahler, 10 Arbeitstage für kleine Unternehmen und 20 Arbeitstage für andere Steuerzahler nicht überschreiten. Damit wird für beide Seiten schnell Rechtssicherheit geschaffen. Verlängerungen bedürfen einer besonderen Begründung.

Die Steuerprüfung wird von den Mitarbeitern der Steuerbehörde laut dem Prüfplan durchgeführt, welcher auf der offiziellen Seite des SSD veröffentlicht ist. Die Betriebsprüfung wird frühestens 30 Kalendertage nach dem Datum der Veröffentlichung durchgeführt. Die Prüfung wird jedoch nicht durchgeführt, wenn aufgrund von Kriegshandlungen der Zugang zum Grundstück, zu Vermögenswerten und zu den erforderlichen Unterlagen nicht möglich ist.

Die Ergebnisse der Prüfungen (mit Ausnahme der kameralischen/amtlichen und elektronischen Prüfungen) werden in Form eines Aktes oder einer Bescheinigung festgehalten, die von den Beamten der Steuerbehörde und den Steuerpflichtigen oder ihren gesetzlichen Vertretern (falls vorhanden) unterzeichnet werden. Wenn bei der Prüfung Verstöße festgestellt werden, wird ein Akt erstellt. Werden keine Verstöße festgestellt, wird eine Bescheinigung ausgestellt.

Wenn der Steuerpflichtige mit den Schlussfolgerungen des Aktes (der Bescheinigung) nicht einverstanden ist, muss er den Akt (die Bescheinigung) der Prüfung mit Einwänden unterzeichnen, die er zusammen mit der unterzeichneten Kopie des Aktes (der Bescheinigung) oder separat innerhalb der im Steuerkodex festgelegten Fristen einreichen kann.

Selbstverständlich kann der Steuerpflichtige gegen die Ergebnisse der Prüfung, den Akt und die Bescheide der Steuerbehörden gerichtlich vorgehen.

Während der Corona-Zeit und des Kriegs wurde ein Moratorium bezüglich von Betriebsprüfungen in Präsenz (vor Ort) in Kraft gesetzt.

Der Präsident der Ukraine hat das Gesetz zu Änderungen des Steuergesetzbuches mit Besonderheiten der Besteuerung während der Zeit

des Kriegsrechts am 1. August 2023 unterzeichnet. Das Gesetz zielt in erster Linie darauf ab, die meisten Steuervergünstigungen, die für die Zeit vor dem Krieg eingeführt wurden, wieder abzuschaffen. Nachfolgend ein Auszug der für Unternehmen wichtigen Änderungen.

Das hat zur Folge, dass das bisherige Moratorium für planmäßige Betriebsprüfungen für bestimmte Unternehmen nunmehr aufgehoben wird, das heißt, dass Betriebsprüfungen wieder durchgeführt werden.

Dies betrifft Unternehmen,

Tätigkeiten im Bereich der Herstellung und/oder des Verkaufs von verbrauchsteuerpflichtigen Waren durchführen;

Glücksspiele organisieren und durchführen;

Dienstleistungen im Bereich der Finanzen oder Zahlungen bereitstellen.

Gleichzeitig bedeutet dies, dass das Moratorium für Unternehmen mit anderen Tätigkeitsbereichen weiterhin, bis zur Beendigung des Kriegsrechts, in Kraft bleibt.

Darüber hinaus werden unangekündigte Betriebsprüfungen in bestimmten Fällen wieder aufgenommen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Steuerbehörde Informationen über Verstöße gegen die Rechtsvorschriften über die Besteuerung des Einkommens von Nichtansässigen, die in der Ukraine Einkünfte erzielen, einschließlich ihrer Betriebsstätten, erhält.

Unternehmen, die Steuerschulden haben, brauchen keine Bußgelder zu befürchten, wenn sie die Steuerrückstände innerhalb von 30 Tagen begleichen oder die Fehler, die zum Steuerrückstand geführt haben, selbst korrigieren (vgl. die Selbstanzeige gem. § 371 AO).

Für Unternehmen ist wichtig zu wissen, dass die Fristen für die Einreichung der Steuererklärungen, Zahlung der Steuerschulden und Durchführung von Steuerprüfungen wieder eingeführt wurden. Steuerliche Verpflichtungen sind grundsätzlich innerhalb der geltenden Fristen zu erfüllen. Einige Erleichterungen bleiben bestehen. Sollte ein Unternehmen aufgrund der aktuellen Situation nicht in der Lage sein, die Fristen für die Steuerzahlung oder die damit verbundenen Berichtspflichten einzuhalten, kann es diesen Verpflichtungen nach Beendigung des Kriegszustandes nachkommen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Unternehmen von der Einhaltung der Fristen im Einzelfall befreit werden (vgl. Stundung gem. § 222 AO). Dies gilt unter anderem für Unternehmen, wenn sie ihre Leistungsfähigkeit wiedererlangt haben.

Darüber hinaus werden bestimmte Fristen für Steuerpflichtige und Steuerbehörden wieder eingeführt, zum Beispiel für die individuelle Steuerberatung und die Beantwortung von Anfragen der Steuerbehörden

Büro für wirtschaftliche Sicherheit

Das ukrainische Parlament (die Werchowna Rada) hat am 28. Januar 2021 das Gesetz „Über das Büro für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine (BWS)“ verabschiedet [10]. Das BWS nahm seine Tätigkeit bereits am 12. Mai 2021 auf.

Gemäß dem Gesetz ist das Büro ein zentrales Exekutivorgan, das für die Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität zuständig ist. Beim BWS wurden die Aufgaben und Befugnisse von mehreren Behörden zusammengefasst: des bisherigen Sicherheitsdienstes, der staatlichen

Steuerpolizei, des Ermittlungsbüros (SEB). Damit ist das BWS allein zuständig für die Ermittlung und Verfolgung von Wirtschaftsdelikten. Das BWS wird durch das Ministerkabinett geleitet und koordiniert.

Im Rahmen seiner Aufgaben erfüllt das BWS für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine Strafverfolgungs-, Analyse-, Wirtschafts-, Informations- und andere Funktionen.

Das Büro für wirtschaftliche Sicherheit die wichtigste Kontrollinstanz für die Verwendung der Finanzmittel ist, die der Ukraine von ihren westlichen Partnern zur Verfügung gestellt werden

Zu den Kernaufgaben des Büros für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine (BWS) zählen laut Art. § 4 Gesetzes „Über das Büro für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine“ die folgenden Hauptaufgaben.

Hierzu zählen insbesondere die

- Vorbereitung und Erarbeitung von Gesetzentwürfen zur Beseitigung von Voraussetzungen, mit denen illegale Aktivitäten im Wirtschaftsbereich beabsichtigt sind;

- Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit des Staates durch Verhütung (präventiv) und Verfolgung (repressiv) von Straftaten, die die Funktionsfähigkeit der staatlichen Wirtschaft beeinträchtigen können;

- Identifizierung von Risikozonen in der Wirtschaft durch Analyse strukturierter und unstrukturierter Daten;

- Bewertung von Risiken und Bedrohungen für die wirtschaftliche Sicherheit des Staates, Entwicklung von Wegen zu ihrer Minimierung und Beseitigung;

- Sammlung und Analyse von Informationen über Straftaten, die die wirtschaftliche Sicherheit des Staates beeinträchtigen, und Bestimmung von Möglichkeiten, deren Auftreten in Zukunft zu verhindern;

- Planung von Maßnahmen für Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität, die ihm gesetzlich zugewiesen sind;

- Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten im Zusammenhang mit dem Empfang und der Nutzung internationaler technischer Hilfe;

- Ausarbeitung von analytischen Schlussfolgerungen und Empfehlungen für staatliche Behörden, um die Effizienz ihrer Managemententscheidungen zur Regulierung der Beziehungen im Wirtschaftsbereich zu erhöhen.

Zu den Aufgaben des BWS der Ukraine zählen auch:

- internationale Zusammenarbeit mit den Steuerverwaltungen anderer Staaten und OECD,

- mit dem Antimonopolkomitee der Ukraine,

- mit dem Staatlichen Vermögensfonds der Ukraine,

- mit der Nationale Wertpapier- und Börsenkommission,

- mit den staatlichen Finanzkontroll- Behörden, Steuer- und Zollbehörden sowie anderen staatlichen Organen, die die staatliche Kontrolle über die Einkommen von juristischen Personen und Einzelpersonen ausüben,

- mit State Financial Monitoring Service of Ukraine und anderen.

Struktur des Büros für wirtschaftliche Sicherheit ist: *Zentralapparat* in Kyjiw, Direktor, Stellvertreter – 2, Departments – 10 (Department of organizational support of activities, Department of information analysis and risk management,

Department of detectives for strategic economic protection, Department of digital development, digital transformations and digitalization of the ESBU, Legal Department, Personnel Department, Department of document management and control, Department of Internal Security and Protection of employees, Department of International Cooperation, Department of Communications).

Hauptverwaltung von Detektiven / The main unit of detectives (on the authority of the Department) has three departments – Operational and technical management, Management of operational support, Financial Management and five referats - 5 Sector of special communication, Internal audit sector, Sector of prevention and detection of corruption, Sector for mobilization work, Sector of operational developments.

Territoriale Behörden gibt es in 7 Gebieten: Volyn, Transkarpatien, Lviv, Odessa, Poltava, Tschernihiv, Kyjiw.

Die Zahl der Mitarbeiter des Büros ist auf maximal 4000 begrenzt. Das Büro wird vom Direktor geleitet. Der Direktor wird von der Regierung auf Antrag des Ministerpräsidenten und auf Vorschlag einer Auswahlkommission ernannt. Auf Antrag des Ministerpräsidenten kann der Direktor entlassen werden.

Das Büro umfasst Ermittlungseinheiten, Informations- und Analyseeinheiten, operative und technische Einheiten sowie andere Einheiten.

Zu den Beamten des Büros gehören öffentliche und verdeckt ermittelnde Mitarbeitende, Personen mit besonderen Titeln, Beamte und Personen, die einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben. Der Dienst im Büro ist eine besondere Form des öffentlichen Dienstes. Es ist verboten, ukrainische Staatsangehörige ohne Auswahlverfahren für den Dienst im Präsidium einzustellen.

Das Gesetz sieht die Position eines Analysten des Büros vor. Dabei handelt es sich um eine Person mit einem besonderen Rang, deren Hauptaufgabe darin besteht, kriminalistische Analysen durchzuführen, um die Aufgaben des Büros zu erfüllen.

Die Zuständigkeit des BWS wird laut Art. 216 der Strafprozessordnung der Ukraine bestimmt [11].

Direkte Zuständigkeit des BWS – 22 Artikeln des Strafgesetzbuches (StGB) der Ukraine. Das sind:

Art. 199 StGB der Ukraine – Geldwäsche,

Art. 200 StGB – Illegale Handlungen mit Kreditkarten, Banküberweisungen, E-Money, Ausrüstung für Herstellung,

Art. 203₂ StGB – Illegale Aktivitäten bei der Organisation oder Durchführung von Glücksspielen oder Lotterien,

Art. 204 StGB – Rechtswidrige Erzeugung, Bewahrung und Absatz von Aktiengeschäften,

Art. 205¹ StGB – Urkundenfälschung bei der Gewerbeanmeldung,

Art. 206 StGB – Beeinträchtigung rechtmäßiger Geschäftstätigkeiten,

Art. 212 StGB – Steuerhinterziehung,

Art. 212¹ StGB – Hinterziehung von allgemeinen Versicherungssteuern,

Art. 218¹ StGB – Herbeiführen einer Bankeninsolvenz,

Art. 219 StGB – Vermögensverfall,

Art. 220¹ StGB – Verstoß gegen das Verfahren zur Führung einer Datenbank von Einlegern oder das Verfahren zur Erstellung von Berichten,

Art. 220₂ StGB – Fälschung von Finanzdokumenten und -berichten eines Finanzinstituts, Verheimlichung der Insolvenz eines Finanzinstituts oder Gründe für den Widerruf (Annullierung) der Lizenz eines Finanzinstituts,

Art. 222 StGB – Betrugsdelikte mit Finanzquellen,

Art. 222¹ StGB – Manipulierung auf dem Aktienmarkt,

Art. 223¹ StGB – Fälschung von Dokumenten, die für die Registrierung einer Wertpapieremission eingereicht wurden,

Art. 224 StGB – Herstellung, Verkauf und Verwendung von gefälschten Wertpapieren (mit Ausnahme von Staatsanleihen),

Art. 229 StGB – Unerlaubte Verwendung einer Marke, eines Handelsnamens oder einer qualifizierten Herkunftsangabe für Waren,

Art. 231 StGB – Unerlaubte Sammlung zum Zwecke der Nutzung oder Verwertung von Informationen, die ein Geschäfts- oder Bankgeheimnis darstellen,

Art. 232 StGB – Offenlegung von Geschäfts-, Bank- oder Berufsgeheimnissen auf Kapitalmärkten und organisierten Warenmärkten,

Art. 232¹ StGB – Unerlaubte Nutzung von Insiderinformationen,

Art. 232₂ StGB – Verschweigen von Informationen über die Tätigkeit des Emittenten,

Art. 233 StGB – Illegale Privatisierung von staatlichem und kommunalem Eigentum.

Indirekte Zuständigkeit des BWS – 9 Artikel StGB der Ukraine (Amtsdelikte):

Art. 191 StGB der Ukraine – Veruntreuung, Unterschlagung oder Erwerb von Eigentum durch Amtsmissbrauch (** bei der Erstattung des Budgets*),

Art. 192 StGB – Zufügung von Vermögensschäden durch Betrug oder Vertrauensbruch,

Art. 206₂ StGB – Rechtswidrige Beschlagnahme von Eigentum eines Unternehmens, einer Einrichtung oder einer Organisation,

Art. 210 StGB – Missbräuchliche Verwendung von Haushaltsmitteln, Tötigung von Haushaltsausgaben oder Gewährung von Darlehen aus dem Haushalt ohne die festgelegten Haushaltszuweisungen oder deren Überschreitung,

Art. 211 StGB – Erlass von Rechtsakten, die die Haushaltseinnahmen verringern oder die Haushaltsausgaben entgegen den gesetzlichen Bestimmungen erhöhen,

Art. 358 StGB – Fälschung von Urkunden, Siegeln, Stempeln und Formularen, Verkauf oder Verwendung von gefälschten Dokumenten, Siegeln und Stempeln,

Art. 364 StGB – Missbrauch von Macht oder Stellung,

Art. 366 StGB – Dienstliche Urkundenfälschung,

Art. 369 StGB – Anbieten, Versprechen oder Gewähren eines unzulässigen Vorteils an einen Beamten.

Die Detektive des Büros sind befugt, im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Zuständigkeiten, Fahndungsmaßnahmen sowie vorgerichtliche Ermittlungen durchzuführen.

Bei ihrer Tätigkeit sind die Detektive an folgende Rechtsgrundlagen gebunden: Verfassung der Ukraine, Gesetz der Ukraine „Über das Büro für wirtschaftliche Sicherheit“, Gesetz der Ukraine „Über die Ermittlung- und

Fahndungstätigkeit“, Strafprozessordnung der Ukraine, Strafgesetzbuch der Ukraine, Gesetzbuch der Ukraine über Ordnungswidrigkeiten, Steuergesetzbuch der Ukraine, Haushaltsgesetzbuch der Ukraine, sowie auch mehr als 20 Gesetze, Verordnungen des Ministerkabinetts usw.

Seit 2012 ist in der Ukraine eine neue Strafprozessordnung in Kraft. Darin wird zwischen vorgerichtlichen Ermittlungsverfahren und Gerichtsverfahren unterschieden.

Das Ermittlungsverfahren beginnt, wenn Informationen über ein kriminelles Vergehen in das einheitliche Register für Ermittlungsverfahren eingetragen werden, und endet, wenn das Strafverfahren (die Strafsache) an das Gericht weitergeleitet wird.

Der Begriff „*Strafsache*“ taucht nur vor Gericht auf und wird als Bezeichnung für Dokumente verstanden, die miteinander verbunden sind und sich auf eine Straftat beziehen. Ab 2022 wird der Begriff „Straftat“ als Gesamtname benützt.

Straftaten werden in Verbrechen und Vergehen unterteilt. Nur bei Verbrechen wird ein vollständiges Ermittlungsverfahren eingeleitet. Verbrechen sind alle Straftaten, bei denen als Strafe (Sanktion) eine Geldstrafe von mehr als dem 3.000-fachen des steuerfreien Mindesteinkommens oder eine Freiheitsstrafe bedroht wird. Liegt die Geldstrafe unter dem 3.000-fachen des Mindesteinkommens und ist keine Freiheitsstrafe vorgesehen, handelt es sich um kriminelles Vergehen.

Im Fall des Vergehens wird eine Vorerhebung durchgeführt, d.h. eine einfache Ermittlung. Unter Vergehen versteht man nicht schwere kriminelle Vergehen (Artikel 12 des Strafgesetzbuchs der Ukraine).

Das Büro für wirtschaftliche Sicherheit ist die wichtigste Aufsichtsinstanz für die Verwendung der Finanzmittel, die der Ukraine von ihren westlichen Partnern zur Verfügung gestellt werden.

Fazit. 2023 war ein Jahr der Prüfungen und des Kampfes, in dem neue Aufgaben und Prioritäten im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation, der Wiederherstellung des Landes und der Bewältigung der Herausforderungen für unseren Staat und unsere Gesellschaft festgelegt wurden.

Als Antwort auf diese Herausforderungen hat das Büro für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine als zentrales Exekutivorgan, das mit der Bekämpfung von Straftaten, die das Funktionieren der Wirtschaft des Staates beeinträchtigen, betraut ist, im Jahr 2023 alle Anstrengungen unternommen, um Wirtschaftsverbrechen zu verhindern und zu bekämpfen, Risiken und Bedrohungen für die wirtschaftliche Sicherheit des Staates zu identifizieren und zu bewerten und zu minimieren.

Die Tätigkeit des BES hat insbesondere dazu geführt, dass der Staatshaushalt in abgeschlossenen Strafverfahren entschädigt wurde, was unter allen Strafverfolgungsbehörden einer der höchsten Werte ist [13].

Ungeachtet auf die guten positiven Zahlen und Kennziffern in der Tätigkeit des BWS, wie lautet der Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses, Danylo Hetmanzew, ist man nicht nur in der Ukraine,

sondern auch im Ausland unzufrieden mit der Arbeit der BES. Die Ukraine hat sich verpflichtet, das BWS neu zu organisieren und ihre analytische Funktion zu stärken.

Gleichzeitig beteiligte sich der BES unter Berücksichtigung der Empfehlungen internationaler Partner und früherer Erfahrungen an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen, die eine Reform der Behörde vorsehen.

Die Umstrukturierung umfasst eine Überprüfung der Rechtsgrundlagen des Amtes, die Einführung transparenter Verfahren für die Auswahl von Personal und Führungskräften auf Wettbewerbsbasis, eine Personalbescheinigung und die Einführung eines Vertragssystems für Mitarbeiter. Nach den Reformen wird das BEB dem Finanzministerium unterstellt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Strategie im Rahmen der Zuständigkeit des BES wird die wirtschaftliche Nachhaltigkeit und die Widerstandsfähigkeit der nationalen Wirtschaft gegenüber externen und internen Bedrohungen sicherstellen und die Attraktivität der Ukraine für Investitionen erhöhen.

Verweise:

1. Danylo Hetmanzew (2023). Auf Ersuchen des IWF wird das Büro für wirtschaftliche Sicherheit (BES) der Ukraine wiederbelebt. *UBN Ukraine Business News*. URL: <https://ubn.news/de/auf-ersuchen-des-iwf-wird-das-buero-fuer-wirtschaftliche-sicherheit-bes-der-ukraine-wiederbelebt/> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
2. Tertyschnyk, V. Tertyschnyk, O. Tschenzov, V. (2022). Kommentar zum Gesetz „Über das Büro für die wirtschaftliche Sicherheit“. 290 S. [in Ukrainian].
3. Tertyschnyk, V. Kamenskij, D. Koschowj, O. Kornienko, M. Tertyschnyk, O. Tschenzov, V. (2021). Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (integrative Analyse, Kommentierung der Gesetzgebung und Suche nach Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung). Kyjiv: Alerta. 345 S. [in Ukrainian].
4. Semenischyn, M. Bestschastnyj, V. Vitviykij, S. Bytschin, S. Nasimko, E. (2020). Detektiv Tätigkeit im Rahmen der Kriminalprävention: eine Monographie. Kiew: Dakor Verlag. [in Ukrainian].
5. Tschernjavskij, S. (2017). Finanzermittlungen im Bereich der Geldwäschebekämpfung in der Ukraine: Methodische Empfehlungen / S. Cherniavskiy et al. Kyiv: Nationale Akademie für Innere Angelegenheiten. 164 S. [in Ukrainian].
6. Abgabenordnung (AO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108) geändert worden ist. [in der deutschen Sprache].
7. Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 18. Dezember 2018 № 1200. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1200-2018-%D0%BF#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
8. Steuerkodex der Ukraine vom 2. Dezember 2010 № 2755-VI. *Bulletin der Werchowna Rada der Ukraine*. 2011. № 13-14, № 15-16, № 17.

- Art. 112. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2755-17#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
9. Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine vom 6. März 2019 № 227. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/227-2019-%D0%BF#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
 10. Gesetz „Über das Büro für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine“ vom 28. Januar 2021 № 1150-IX. *Bulletin der Werchowna Rada der Ukraine*. 2021. № 23. Art. 197. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1150-20#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
 11. Strafprozessordnung der Ukraine vom 13. April 2012 № 4651-VI. *Bulletin der Werchowna Rada der Ukraine*. 2013. № 9-10, № 11-12, № 13. Art. 88. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/4651-17#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
 12. Strafgesetzbuch der Ukraine vom 5. April 2001 № 2341-III. *Bulletin der Werchowna Rada der Ukraine*. 2021. № 23. Art. 197. URL: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2341-14#Text> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].
 13. Jahresbericht des Büros für wirtschaftliche Sicherheit für 2023 // Offizielle Seite des Büros für wirtschaftliche Sicherheit. 52 S. URL: <http://surl.li/sixqu> (data zvernennia: 08.04.2024) [in Ukrainian].